

# Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden,  
Raden & Comp., Nr. 1908.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto:  
Gebr. Krensch, Dresden  
und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kenndorf und Dresden-Altsadt

Abonnementspreis einschließlich Frachtkosten in der 40. Woche vom 1. Dezember bis 7. Dezember 1 Billion M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 210 Milliarden M., Einzelnummer 200 Milliarden M.  
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettnerplatz 10, Tel. 26281.  
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Bettnerplatz 10, Tel. 26281.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 20 mm breite Kompatibilität 30 Pf., die 30 mm breite Reklamezeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 10 Pf.

Nr. 284

Dresden, Freitag den 7. Dezember 1923

34. Jahrg.

## Englische Wahlen

### Die konservative Herrschaft gefährdet

Am gestrigen Donnerstag haben in England die Parlamentswahlen stattgefunden, die über die Politik der Konservativen und insbesondere über die Politik des Kabinetts Baldwin zu richten hatten.

Für diese Neuwahl des Unterhauses waren von den Parteien 1896 Kandidaten aufgestellt worden. Davon waren 443 Kandidaten der Vereinigten Liberalen, 530 solche der Unionisten (Konservativen) und 420 Kandidaten der Arbeiterpartei. Unter den Kandidaten befanden sich 34 weibliche, darunter 7 Anhängerinnen der Unionisten, 12 der Liberalen, 13 der Arbeiterpartei und 2 der Kooperative bzw. der Unabhängigen Partei. Die Parteien in dem alten, aufgelösten Parlament wiesen folgende Stärke auf: Unionisten 66, Arbeiterpartei 144, Asquith-Liberale 66, Lloyd-George-Liberale 51, nordirische Unionisten 11, Unabhängige 7, Kommunisten 1 Mitglied.

Das Stimmenergebnis bei den letzten Wahlen im November vorigen Jahres war: 5 394 006 Konservative, 4 287 000 Arbeiterpartei, 1 678 000 Lloyd-George-National-Liberale, 2 507 000 Asquith-Liberale. Durch die einfache Mehrzahl des englischen Wahlrechts, die keine Stichwahl kennt, besaß also eine Partei, die nur eine Minorität, nämlich 38 Prozent der Stimmen erhielt, die Majorität, nämlich 56 Prozent der Mandate. Auf jedes Mandat der Konservativen entfielen im Durchschnitt 17 900 Stimmen, während es bei der Arbeiterpartei 30 800 Stimmen und bei den Liberalen (beide Fraktionen zusammengerechnet) 38 000 Stimmen waren. Eine Minorität der Wählerkörpers regierte mit einer starken parlamentarischen Majorität.

Warum hatte Baldwin diese Wahlen gemacht? Der englische Wähler gab sich auf diese Frage zwei Antworten, die beide gleich unbefriedigend sind. Erstens hat der gefährdetste Winter der Arbeitslosigkeit begonnen; und die konservative Regierung, die den Arbeitslosen kein Brot zu bieten hat, will ihnen wenigstens den Schein einer Politik bieten, sie über ihren Hunger mit dem Versprechen hinwegzujagen, daß Schusslöcher, die den englischen Markt abperren, die englische Arbeitskraft vor der Arbeitslosigkeit behüten würden. Zum zweiten hatte Baldwin diese unerwartete Wendung gemacht, weil alle bisherige Politik Englands seit vier Jahren ein Fehlschlag war. Lloyd Georges schwankende Demagogie hat Englands Einfluß in Europa vernichtet; Bonar Law's „ruhende“ Schmachte ist binnen einem halben Jahre von der Unruhe der Arbeitslosen hinweggefegt worden; Baldwin's eigene Politik, der unsichere Versuch, Europa zu heilen, ohne dem französischen Imperialismus weh zu tun, ist ergebnislos gescheitert. So blieb schließlich nichts als die Erkenntnis, daß „etwas geschehen müsse“. Dieses „etwas“ waren die Wahlen — eine Verlegenheit und eine Ueberrumpelung. Sie sollen der Ausgangspunkt einer neuen Politik werden; aber der Inhalt dieser Politik ist kein neuer Gedanke, sondern ein altes Vorurteil. Ihre Parole war darum eine im wahren Wortsinne konservative: Schutz vor der Arbeitslosigkeit, Schutz vor der auswärtigen Konkurrenz, Schutz vor Europa!

In dem eben abgeschlossenen Wahlkampf trat die regierende konservative Partei mit dem Vorteil desjenigen ein, der den Zeitpunkt für die Wahlen gewählt hat: ihr Parteiapparat war vollkommen gerüstet, ihre Kassen gefüllt. Dennoch war sie keineswegs siegesicher. Denn sie hatte wohl Mittel, aber keine Männer, und sie hatte wohl eine Parole, aber keinen Geist. Ihr Führer Baldwin ist, wie ihm Freund und Feind bezeugen, ein ehrenvoller Mann, aber nichts weiter; er ist weder als Redner noch als Politiker populär. Noch unter seinem ledernen Durchschmitt stand sein Ministerium, das aus lauter anerkannten Mittelmäßigkeiten zusammengesetzt ist. Und wie die Verionen, so die Parole, das Schutzschillingwort der konservativen Partei mag lokal, das heißt im einzelnen, von der Wirtschaftskrise besonders betroffenen Industriegebieten verführerisch wirken. Aber ist es in diesem Sinne leicht verständlich und populär, so ist es gleichzeitig auch leicht und mit den primitivsten Mitteln angreifbar. Ein Argument wie das von Lloyd George gebrachte Wortwort, daß Baldwin die britische Reichsregierung mit „faulen Fischen“ zusammenbinden wolle (Fischkonferenzen sind eines der Hauptertragsartikel der britischen Kolonien, für die sie nun Vorzugsställe erhalten sollen), zeigt das Niveau der öffentlichen Diskussion an.

„Wir sind uns natürlich selbst die Nächsten“; „wir wollen unser eigenes Herdfeuer warm halten“ — das waren so die Sittensprüche, mit denen Baldwin in den Wahlkampf zog, er, der sich in seiner Antwort auf ein andres Lloyd Georges Wortwort selbst als den „ehrliehen Schwelger“ bezeichnet hat, der Englands Räte — zwei Millionen Arbeiter — „Müden“ will. Schwulst ist die Schranke, zum Prinzip erhoben; Schwulstpropaganda wird zum Ausdruck der Beherrschung. Und darum war dieser Wahlkampf, der, von fern gesehen, um große Dinge geht, in der Nähe uninteressant.

Denn die Schwulstpropaganda fand den Gegner auf dem gleichen Niveau. Die Liberalen brauchten nichts anderes zu tun, als ihre ältesten Reden aus dem Kumpelkasten der Freundschaftskampagne hervorzuholen. Und in diesem Zeichen der wiederbelebten Vitalität, der wiederansgegrabenen Schlagworte, hat auch Lloyd George seine Wiederauf-erhebung gefeiert — und mit ihm ein Liberalismus, der von der einstigen Größe nur noch die Weste hat. Lloyd George hat es verstanden, durch eine Amerikareise die Aufmerksamkeit wieder auf sich zu lenken; er kam gerade im richtigen

## Der „überparteiliche“ Polizeipräsident

Nachdem der sozialdemokratische Polizeipräsident von Dresden, Bernhard Meise, der Militärdiktatur zum Opfer gefallen war, blieb die Frage offen, was das Wehrkreiskommando nun zu tun gedenkt. Heute stehen wir vor der Lösung der Frage. Wie uns der Redaktions-schluss mitgeteilt wird, hat das Wehrkreiskommando den bekannten Oberregierungsrat Puggler zu Meises Nachfolger ernannt. Puggler ist für die Deutsche Volkspartei eifrig tätig und hatte unter dem zweitägigen Einzelskabinetts bereits wichtige Funktionen inne. Er ist nebenbei auch der Nefte des Oberbürgermeisters Wöhe. Wir werden uns mit dieser überparteilichen Stütze der überparteilichen Polizei noch näher zu beschäftigen haben.

Augenblick zurück, um sich mit Spannung entgegensehen zu lassen. Manche erwarteten von ihm eine Ueberrumpelung; die Zusammenfassung des rechten Flügels der Liberalen mit der oppositionellen Gruppe in der konservativen Partei (derselben, mit der er in und nach dem Kriege die Koalition gebildet hatte) zu einer „Partei der Mitte“. Und er brachte auch eine Ueberrumpelung — aber eine andre. Von einem Tag auf den andern einigte er sich mit Asquith und machte so aus den in persönlichen Streitigkeiten zerklüfteten liberalen Fraktionen wieder eine Partei, die, wenn auch nicht den Schein, so doch den Schein der Einheitslichkeit hat und mit Lloyd George, dem alten Asquith und Winston Churchill ein Trio bekannter Persönlichkeiten ins Feld stellte.

Die Arbeiterpartei hat mit guten Aussichten den Wahlkampf durchgeführt. Als zweitstärkste Partei wurde sie offiziell im Parlament mit der Führung der Opposition beauftragt, eine Aufgabe, die Ramsay MacDonald geschickt, klug und mit steigendem Erfolg gelöst hat. Die Arbeiterpartei ist nicht vollkommen sozialistisch, sondern umfaßt neben marxistisch gesuchten Sozialdemokraten auch Bürgerrechtler, sozialistisch angehauchte Intellektuelle, Sozialhygieniker und soziale Reformer. Ihre Politik ist ausgesprochene Reformpolitik, keine Massenkampfpolitik. Da sie aber die Interessen der Schaffenden in einzelnen wie in der gesamten großbritischen Weltpolitik planmäßig und lebendig vertritt, hofft sie auf Verrechnung ihrer Mandate. Es ist jedoch möglich, daß die Liberalen durch ihre erneute Zusammenfassung die Arbeiterpartei an Mandaten überflügeln, so daß sie die Führung der Opposition erhehlen.

Das zunächst Entscheidende ist, ob die Konservativen so geschwächt werden, daß ihre Mehrheit beseitigt oder so reduziert wird, daß sie nicht mehr tragfähig für ein reinkonservatives Kabinetts ist. Dann würde wohl die konservativ-liberale Koalition wieder auflieben, vielleicht wieder unter Führung von

Lloyd George. Die Arbeiterpartei bliebe dann als einzige Opposition in guter Position.

Wenigstens ist, ob die konservative Politik Baldwin's siegt und stark weitergeführt wird oder ob sie eine Wahlschlappe erleidet und aufgegeben werden muß. In einer konservativen Niederlage hat ganz Europa, besonders aber Deutschland, im Hinblick auf die Reparations- und die von Baldwin gebildete Poincaré'sche Gewaltpolitik ein Interesse. Eine Verfestigung der konservativen Alleinregierung in England wäre ein hoffnungsvoller freirechtlicher Grund des englischen Volkes, gleichsam ein nobles Weihnachtsgeschenk an die verlesenden Völker des Kontinents.

## Schwere Verluste der Konservativen

SPD. London, 7. Dezember. (Eig. Drahtm.) Früh 4 Uhr. Die bisherigen 165 Wahlergebnisse zeigen schwere Verluste der Konservativen, besonders zugunsten der Liberalen, die die Stellung der Arbeiterpartei als zweitstärkste Partei des Parlaments fast behaupten. Jedoch schneidet die Arbeiterpartei glänzend ab. Zahlreiche Gewinne hat die Arbeiterpartei namentlich auch in London, das bisher keine Hochburg der Partei war. Besondere Sensationen sind die vernichtenden Niederlagen Churchills in Leicester durch die Mitglieder der unabhängigen Partei Lawrence sowie des andern liberalen Führers Alfred Ross durch den Führer Samuel und des Arbeitministers Barlow. Als Opfer des Bürgerkriegs fielen Henry, die Arbeiterführer Snowden, Burton und Penderfon, dessen Sohn in Cardiff neu gewählt wurde. Siegreich aus dem Wahlkampf gingen hervor die führenden Mitglieder der Arbeiterpartei Glynn, Shaw, Jowett, Trevelyan, Wedgwood, Bonsonby, Tillet. Der erste Eindruck ist, daß die Regierungslust schwerer sind als erwartet wurde und daß die Kabinettsmehrheit gefährdet ist. Die Arbeiterpartei hat vorzügliche Fortschritte gemacht. Allerdings ist es fraglich, ob sie angesichts der liberalen Gewinne die offizielle Führung der Opposition im Unterhause behalten kann.

## Die Ausschaltung des Reichstags

Berlin, 6. Dezember. (Eigener Bericht.) Der Reichskanzler verhandelte am Donnerstag vormittag abermals mit den Parteiführern über die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes. Im Kabinettsauschuß beantragte die Regierung später die Vertagung des Reichstages und seiner Ausschüsse bis zum 31. Januar, sobald das Ermächtigungsgesetz verabschiedet sei. Das hätte praktisch die Aufhebung des § 2 des Ermächtigungsgesetzes bedeutet. Während die sozialdemokratische Fraktion sich mit diesem Vorschlag befaßte, zog die Regierung den im Kabinettsauschuß gefaßten Antrag zurück, indem sie gleichzeitig die Öffnung des Reichstags gab, daß die Reichstagsfraktionen ohnedem eine Einberufung des Reichstags im Verlauf des Januar nicht beantragen würden. So wird die Volkvertretung einfach monatelang ausgeschaltet.

## Ermächtigungsgesetz — sonst Reichstagsauflösung

Berlin, 7. Dezember. (Eigene Meldung.) Die am Donnerstag erfolgte Abstimmung über die Paragraphen 1 und 2 des Ermächtigungsgesetzes ergab die Anwesenheit von 362 Abgeordneten. Diese Zahl hätte für die Erledigung der Endabstimmung ausgereicht, wenn Sicherheit vorhanden gewesen wäre, daß die Deutschnationalen sich bei der Gesamtabstimmung nicht aus dem Saale entfernen würden. Diese Sicherheit aber bestand nicht! Die Deutschnationalen gaben selbst dem Reichskanzler auf wiederholtes Befragen über ihre Politik keine klare Antwort. Infolgedessen mußte die eventuelle Anwesenheit der 66 Mann starken deutschnationalen Fraktion in Rechnung gestellt werden, so daß im Ernstfall die zur Erledigung der Abstimmung notwendige Zahl von 306 Abgeordneten nicht vorhanden gewesen wäre. Unter diesen Umständen hätte das Gesetz fallen müssen. In Uebereinstimmung mit der Regierung stellten die Regierungsparteien deshalb einen Vertagungsantrag, um Zeit zu gewinnen und vor allem die Mitglieder der eigenen Fraktionen bis Sonnabend zur Anwesenheit bei der endgültigen Abstimmung zu zwingen. Sollte die geringe Zahl der am Donnerstag fehlenden Stimmen, die notwendig ist, um auf jeden Fall die deutschnationale Obstruktion — sei es im Saale oder außerhalb des Plenums — wirkungslos zu machen, auch am Sonnabend nicht aufgebracht werden, dann ist die Regierung entschlossen, den Reichstag aufzulösen. Der Reichspräsident hat seine Vollmacht hierzu bereits erteilt.

## Die Stellung unserer Fraktion

Der Vorwärts gibt folgendes bekannt: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich gestern nach Schluß des Plenums mit der Lage, die durch das Verhalten der Deutschnationalen geschaffen war. Sie stand dabei auch vor der Tatsache, daß eine Anzahl von Parteigenossen vor den Abstimmungen über die §§ 1 und 2 den Saal verlassen hatten, und daß dadurch die Zweidrittelmehrheit — für den Fall, daß die Deutschnationalen plötzlich ihre Beteiligung einstellten — gefährdet war. Selbstverständlich kann das Verhalten dieser Partei nicht mit jenem der Deutschnationalen in keiner Weise in Parallele gestellt werden. Sie erklärten, daß sie die Ausführung des Fraktionsbeschlusses mit ihrer Ueberzeugung nicht vereinbaren könnten, und machten von dem Recht der unauffälligen Entfernung Gebrauch.

Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn nicht unglücklichlicherweise objektiv und faktisch den Deutschnationalen eine — von jenen Parteigenossen nicht gewollte — Unterstützung zuteil würde. In einer ähnlichen Situation, bei dem ersten Ermächtigungsgesetz, hatte die Fraktion absoluten Fraktionszwang beschlossen und den dissentierenden Mitgliedern freigestellt, in einer Erklärung auszusprechen, warum sie gegen das Gesetz gewesen wären, warum sie aber trotzdem aus Parteizucht dafür gestimmt hätten.

Diesmal kam die Fraktion nach langer Debatte zu folgendem Beschluß:

Die Mitglieder der Fraktion sind nur dann berechtigt, sich aus Gewissensgründen einer von der Fraktion beschlossenen Abstimmung unauffällig fernzuhalten, wenn nicht durch diese Fernhaltung die Abstimmung der Fraktion in ihrem Erfolg beeinträchtigt wird.

Ueber die Art der Anwendung dieses allgemein gehaltenen Beschlusses auf den gegebenen Fall soll in einer neuen Fraktionsitzung am Sonnabend vor der entscheidenden Abstimmung gesprochen werden.

Ein Mitglied der Fraktion, Abg. Wilhelm Hoffmann (Schmargendorf), hatte bei den namentlichen Abstimmungen gegen die Sozialdemokraten mit den Deutschnationalen und den Kommunisten gestimmt. Die Fraktion beschloß mit großer Mehrheit, die Fraktionsgemeinschaft mit ihm zu lösen.